

## **Was ist historisch T4 und der gegenwärtige Reichsbürger?**

von Gerhard SCHUHMACHER

Der gegenwärtige Reichsbürger ist der geistig lebende Mensch, der gegenüber dem Staat seine Grundrechte und Grundfreiheiten oder am Schluß Schadenersatz aus Menschenrechtsverletzungen wegen Systemfehlern und Systemmängeln geltend macht, weil das System Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, nicht im öffentlichen Recht funktioniert und nicht prozeßfähig ist.

Prozeßfähig ist der Staat, wenn sich der Staat obligatorisch durch prelaterale Verträge (Menschenwürde, Menschenrecht, Grundrechte und Grundfreiheiten) verpflichten kann. Obligatorisch bedeutet beim außervertraglichen Schuldverhältnis des Staates (UN-RES 56/83)

- 1. zwingend und öffentlich durch Verpflichtung im Zivilschutzabkommen haftend,**
- 2. umfassend in der Prävention und in der Restitution zur Amnestie gebunden sowie**
- 3. ohne Zustimmung des beklagten Staates von Amts wegen bindend festzustellen.**

Die Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen gegen Art. 73 UN-Charta löst gemäß UN-RES 56/83, Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 und Art. 95 UN-Charta, die Prävention und Restitution zur Amnestie aus.

- **Präventionsanzeige (Strafverfolgung), um**
  - 1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (Repression),**
  - 2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses rechtswidrige Verhalten fort zu setzen (Spezialprävention) und**
  - 3. auch andere davon abzuhalten (Generalprävention).**
- **Restitutionsanzeige (Haftungsanzeige) zur Amnestie, um sämtliche immateriellen und materiellen Folgen einer**
  - 1. unerlaubten Handlung,**
  - 2. einer ungerechtfertigten Bereicherung,**
  - 3. einer Geschäftsführung ohne Auftrag ("Negotiorum gestio") oder**
  - 4. eines Verschuldens bei Vertragsverhandlungen ("Culpa in contrahendo")**

**als Schaden, Folgeschaden und Folgebeseitigungsschaden als Gesamtschaden in der Obligation (ROM-Statut, EGBGB) geltend zu machen.**

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in Art. 24 (3), 25 GG zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Grundrechte und Grundfreiheiten verpflichtet, doch in Wirklichkeit werden in der Bundesrepublik Deutschland noch im Deutschen Reich im Stand vom 31.12.1937 die prelateralen Verpflichtungen eingehalten, so daß es im Ergebnis aus der bilateralen Gemeinschaft (böse-Anus) von Wirtschaft und Politik im Faschismus zu einem Kollateralschaden kommen muß.

### Zustand im Rechtstillstand:

Immer mehr Menschen werden Opfer von Behördenwillkür (Binnenflüchtlinge - IDP) durch Regierungskriminalität von Bediensteten in den Behörden ohne Aussicht auf Klärung oder Unterlassung der Straftat im Systemstaat. In der Regel entstehen die Probleme der Menschen nur durch die Behörden selbst, wenn der Auftrag (Art. 73 UN-Charta) falsch, mangelhaft oder auch mißbräuchlich im öffentlichen Recht angewandt wird. In einer Kettenreaktion werden dann die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen verletzt und in Folge tritt die Menschenrechtverletzung menschenunwürdig ein. Gegen das Verarmungsschutzverbot der binnenflüchtigen Menschen durch systematische Aussetzung (Prototyp Reichsbürger) folgt die Verelendung des Menschen in Folge des öffentlichen Rechtraubes.

Deswegen gilt kategorisch Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen anzuwenden. Um Völkerrecht anzuwenden, müssen alle den Zivilschutz kennen, anwenden und unter allen Umständen einhalten und die Einhaltung durchsetzen. Zwingende Verträge sind einzuhalten. Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechts im Zivilschutz sind melde- und anzeigepflichtig und müssen sofort beendet werden, wenn eine positive Vertragsverletzung vorliegt.

**Die Menschen werden in der Personifikation dumm gehalten,  
weil Dummheit nicht wirksam organisiert werden kann.**

Die Gesetze funktionieren im Staat nicht und müssen gewaltsam von der gleichgeschalteten nationalsozialistischen Verwaltung durch Militarismus durchgesetzt werden, wie damals die Verhinderung der Grenzüberschreitung durch Erschießungen an der innerdeutschen Mauer. Was damals gegen die Menschlichkeit im Gesetz (DDR) erlaubt war, war nach 1990 (BRD) ein Völkermord an Menschen.

Die technische Universität Berlin im Fachbereich Pseudowissenschaften für Recht- und Geisteswissenschaften für Antisemitismus hat in einem neuen Projekt DEMOS den Prototyp "Reichsbürger" geschaffen, um unerwünschte Systemkritiker und Systemopfer im Staat nationalsozialistisch Stück für Stück zu eliminieren.

Pseudowissenschaft (griech. ψεύδω, pseudo, „ich täusche vor“) ist ein Begriff für Behauptungen, Lehren, Theorien, Praktiken und Institutionen, die beanspruchen, Wissenschaft zu sein, aber Ansprüche an Wissenschaften nicht erfüllen. Der Begriff wird sowohl analytisch-deskriptiv als auch abwertend benutzt. Pseudowissenschaften

- treten mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit auf.
- stehen im Widerspruch zu den anerkannten wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen.

Verbrennung ist die einzige Methode, um Menschen auch lebendig auf Dauer zu ermorden, wenn die Schläge dicht, hart und lang genug sind.

Die systemkritischen Menschen und Opfer des Systems werden nicht mehr vergast, sondern mit Gaslighting wie lebendig begraben ausgesetzt und sozial durch Verachtung gegen die Rechtrealität völkerrechtlich und öffentlich ausgesetzt, so daß bei ihnen ein Rechtstillstand entsteht (Binnenflüchtlinge).

Die Menschen werden bei den Bediensteten in den Behörden und Regierungen wie Zombies behandelt und haben keinen Zugang zu ihren Grundrechten und Grundfreiheiten. Binnenflüchtlinge werden vogelfrei ausgesetzt und durch die systematische Demütigung mit den Methoden der Bevormundung, Diskriminierung, Ruinierung, Kriminalisierung, Psychiatrisierung im Leben systematisch mit dem Ziel des Völkermordes genötigt, erpreßt und bedroht. **Völkermord** ist, wenn das NS-Volk einem Menschen individuell das zwingende **Völkerrecht im Schutz gegen die öffentliche Ordnung entzieht**.

Zu diesem Zweck werden diese Menschen in der Öffentlichkeit durch Agent-Provokateure werbewirksam und plakativ in die Jurisfiktio n ausgesetzt, wobei es sich um Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit mit dem Ziel des Völkermordes, Mordes oder Selbstmordes durch Volksverhetzung handelt.

Völkermord ist nicht, daß ein Volk ermordet wird, sondern wenn dem Menschen das zwingende Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung, mit dem Ziel des Mordes oder Selbstmordes in der Absicht entzogen wird, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche, ganz oder teilweise zu zerstören,

- ein Mitglied der Gruppe tötet,  
einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden zufügt,
- die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
- Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,
- ein Kind der Gruppe gewaltsam in eine andere Gruppe überführt.

Ob Selbstmord oder Mord, es ist Mord, denn Volksverhetzung ist die öffentliche Wirkung gegen Menschenrechtverletzungso pfer in EGMR 75529/01 (§ 130 StGB). Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

- die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,
- zum Hass gegen eine bezeichnete Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung aufstachelt,
- zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen genannte Personen oder Personenmehrheiten auffordert oder
- die Menschenwürde genannter Personen oder Personenmehrheiten dadurch angreift, daß diese beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden
- wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise (Feindstaat), die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost (Art. 139 GG, Art. 53, 107 UN-Charta).
- wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Der Versuch des Völkermordes und der Volksverhetzung ist strafbar.

### **Dieses Verbrechensmuster Prototyp Reichsbürger ist als Prototyp T4 bekannt.**

T4 ist der Tarnungskürzel für die Zentraldienststelle des NS-Reiches in der Berliner Tiergartenstraße 4 gewesen, die den Massenmord an Systemgegnern, Homosexuellen, Juden, Andersdenkenden, Systemopfern, Kranken und Behinderten für die Euthanasie systematisch organisierte.

An diesen Massenmorden beteiligte sich die ns-militante Ordnungspolizei, wo inzwischen der Prototyp Reichsbürger in Datenbanken geheim in einer Republik der Öffentlichkeit im Widerspruch geführt wird. An eine rechtliche Anhörung, eine wirksame Beschwerde oder ein rechtstaatliches Verfahren, Rechtwegegarantie sowie Gerechtigkeit ist nicht zu denken. Der Prototyp Reichsbürger ist weder begründet noch glaubhaft gemacht, denn das System Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, funktioniert im Faschismus ohne Nationalsozialismus und Militarismus sonst nicht (Art. 133, 139 GG - Renazifizierung).

Die Menschenrechtverletzungen der Bundesrepublik Deutschland = Hitler-Deutschland = Deutsches Reich von 1937 = Art. 116 GG Staatsangehörigkeitsgesetz finden durch die Aufnahme in den Meldebehörden vom 31.12.1937 statt. Das ist vergleichbar mit einem Juden im KZ, kurz vor dem Tod im Holocaust ihn als Reichsbürger zu verleumden, um "in Treue dem deutschen Volk und Reich" dem Unrecht zu dienen. Mit der Staatsangehörigkeit werden die Menschen der NS-Staatsangehörigkeit unbewußt unterworfen, und die nationalsozialistischen Bediensteten in den Behörden und Regierungen können im Namen/Dienst des Faschismus ihre Gesetze mit bewaffnetem Militarismus nationalsozialistisch gewaltsam durchsetzen.

Das Reichsbürgergesetz vom 15.09.1935 besagt über die Staatsangehörigkeit in Art. 116 GG,

- wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
- deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.
- wer Reichsbürgerrecht durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben hat und alleiniger Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze ist.

Nach den mir vorliegenden Dokumenten, -in BVerfGE 2 BvF 1/73-, ist die Bundesrepublik Deutschland nicht Rechtschuldennachfolger des Deutschen Reichs bis 1945, sondern identisch mit der Bundesrepublik Deutschland sowie nicht prozeßfähig. Gemäß Bundesgesetzblatt 49/1950 im Zusammenhang der am 08.05.1945 bestimmten Durchführung in §§ 2-3 Rechnungsprüfungsbehörde wurde der Bundesrechnungshof für die Bundesorgane und Bundesverwaltungen als der Bundesregierung gegenüber selbstständige oberste Bundesbehörde eingerichtet, die natürlich und selbstverständlich dem zwingenden Völkerrecht und der öffentlichen Ordnung unter allen Umständen unterliegen, da sie andernfalls dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland widersprechen würden.

Das Bundesministerium der Justiz gehört der Reichsregierung des Deutschen Reiches an, das die laufenden Kriegsverbrechen gegen das Menschenrecht menschenunwürdig verursacht und zu verantworten hat, zu der auch der Reichskanzler(in) im Verband der Reichsregierung angehört. Der damalige Reichskanzler Adolf HITLER war der NSDAP angehörig, wie auch der nachfolgende Bundes- und Reichskanzler Konrad ADENAUER der NSDAP dazugehörte.

Damit das **nationalsozialistische Deutsche Reich** besser kaschiert werden kann, wurden die

### Begriffe

<b>Reich</b>	<b>Bundesrepublik</b>
<b>Reichspräsident</b>	<b>Bundespräsident</b>
<b>Reichstag</b>	<b>Bundestag</b>
<b>Reichsrat</b>	<b>Bundesrat</b>
<b>Reichskanzler</b>	<b>Bundeskanzler</b>
<b>Reichsregierung</b>	<b>Bundesregierung</b>
<b>Reichsminister</b>	<b>Bundesminister</b>
<b>Reichsminister der Finanzen</b>	<b>Bundesminister der Finanzen</b>
<b>Rechnungshof des Deutschen Reiches</b>	<b>Bundesrechnungshof</b>

umbenannt.

### Die Geschichte wiederholt sich, und es hat sich im NS-REICH nichts geändert.

Durch die systematischen Lügen zum Betrügen in Art. 24 haager Landkriegsordnung sind Kriegslisten erlaubt, weil die deutsche Staatsangehörigkeit keinen Zivilschutz im Kriegszustand hat und besitzt. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Feindstaat des Menschen, weil sie die Verträge nicht einhält und Feind- und Streithandlungen begeht.

Die Steuerzahler sind Terrorfinanzierer (§ 89c StGB), weil sie sich extrem dumm halten, und Dummheit kann nicht wirksam organisiert werden, denn die Menschenrechtverletzung ist gegen die Verfassungsordnung, -das Deutsche Volk bekennt sich zu Menschenrecht-, nicht strafbar. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht prozeßfähig.

Intern Vertriebene (auch: Binnenvertriebene, Binnenflüchtlinge oder aus dem englischen - internally displaced people-/IDPs) sind Menschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten und rechtmäßigen Heimat als Person vertrieben werden, bei ihrer Flucht – im Unterschied zu Flüchtlingen im ILO-Sinn – keine Staatsgrenze überschritten haben und im eigenen Land verblieben sind. Gründe für diese interne Vertreibung sind bewaffnete Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen.

Menschenrecht als nicht reduzierbare Komplexität im kategorischen Imperativ führt bei Verletzung in den Grundrechten und Grundfreiheiten jeder Kategorie, Sorte und Art des Menschen zum Dauerverbrechen, wenn die Menschenrechtverletzung nicht beendet wird. Eine Menschenrechtverletzung endet nicht mit der Feststellung, sondern mit der vollen Wiedergutmachung nach den Regeln des immateriellen und materiellen Schadens, Folgeschadens und Folgebeseitigungsschadens im außervertraglichen Schuldverhältnis.

Der Mensch besteht in seiner nicht reduzierbaren Komplexität, in seiner Ganzheitlichkeit aus 1. Körper, 2. Seele und 3. Geist in dieser Zeit (Time=T4). Wird ein Grundrecht verletzt, so entsteht eine Kettenreaktion, weil die nicht reduzierbare Komplexität des Menschen verletzt ist. Der Mensch kann in der Fülle seines Menschenrechtes keine Grundrechtverletzung dulden, denn nicht reduzierbare Komplexität oder kategorisches Imperativ (KI) ist ein irreduzibles Recht, welches ein originär und komplexes System ist, weil das Menschenrecht aus mehreren zusammenpassenden und zusammenwirkenden Grundelementen der Grundrechte besteht, die zur Grundfunktion systematisch beitragen, wobei das Schädigen, Verletzen, Entfernen oder Neuerfassen irgendeines der Grundrechte bewirkt, daß das

Rechtssystem effektiv zu funktionieren aufhört, weil eine Kettenreaktion ausgelöst wird.

### **BVerfGE 1 BvR 1766/2015:**

Juristische Personen im öffentlichen Recht haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Leben im Grundrecht mit den Grundfreiheiten in der öffentlichen Ordnung einer Republik).

Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag - oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation,**

denn für juristische Personen des öffentlichen Recht gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht. Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Denn gemäß der

**Konfusion - und Durchscheinargumentation  
können sie nach acta iure imperii unter "morituri te salutant" ohne ius gentium**

- **nicht grundrechtverpflichtet und gleichzeitig Grundrechtberechtigt sein**
- **oder mehr Rechte übertragen als sie selbst besitzen.**

Nach Feststellung BVerfGE 1 BvR 1766/2015 sind funktionale Personen innerhalb der Jurisfiktion nach der Konfusion - und Durchscheinargumentation gemäß acta iure imperii unter "morituri te salutant" ohne ius gentium keine Menschen, **sondern Söldner**, die nicht prozeßfähig sind. Sie haben die Obligation hinzunehmen (Art. 73 UN-Charta).

Wenn also der juristische Staat keine Grundrechtberechtigung hat, dann kann in Folge der Staat kein Rechtsstaat sein oder Gerechtigkeit in der Rechtwegegarantie leisten (Art. 19 GG, §§ 15-16 GVG). Wer sich also vor der Justiz mit einem Rechtsanwalt einläßt ist selbst prozeßunfähig, weil der Mensch das Recht nicht kennt und Recht fiktional in Vollmacht überträgt.

Das ganze System Bundesrepublik Deutschland ist auf Lügen und Betrügen zur arglistig-heimtückischen Tarnung und Täuschung aufgebaut und wird in Scheingeschäften praktiziert. In der Regel ist die Quelle und der Grund von Feind- und Streithandlungen die Prozeßunfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer streitigen Demokratie, denn die Gesetze beschränken und verletzen Grundrechte und Grundfreiheiten von Menschen und dürfen in der öffentlichen Ordnung des zwingenden Völkerrechtes nicht angewandt werden.

Quellen: Art. 3, 30-32, 56 UN-RES 56/83

Art. 6, 38-42 EGBGB

Art. 132, 140, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 sowie VStGB ...

Rechtbankrott ist das Unvermögen der Rechtsordnung, der rechtunterworfenen Person das Recht zu verschaffen. Eine öffentliche Einrichtung, insbesondere eine Recheinrichtung, offenbart Rechtbankrott, wenn sie Lügner an die Spitze gelangen läßt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu Kassierern, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser (schein)öffentlich zur privaten Rechtaufsicht ernennt.



Niedersächsisches  
Justizministerium

Niedersächsisches Justizministerium · Postfach 201 · 30002 Hannover

Herrn  
Herbert von Wuppertal  
Bielfeldtweg 26  
21682 Stade

Bearbeitet von Herrn Dr. Lenz

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl (0511) 120-

Hannover

1001 I - 202. 45

-0

19. Jan. 2017

### Verschiedene verfassungsrechtliche Fragen Ihre Anfragen vom 4. und 6. Januar 2017

Sehr geehrter Herr von Wuppertal,

auf Ihre verschiedenen Fragen kann ich Folgendes antworten:

1. Bei den niedersächsischen Gerichten handelt es sich um staatliche Einrichtungen, die nicht grundrechtsberechtigt sind. Gleiches gilt für das Land Niedersachsen selbst.
2. Eine Möglichkeit, diese Gerichte oder einzelne Richter vor einer internationalen Gerichtsbarkeit zur Verantwortung zu ziehen, gibt es nicht.
3. Die Justiz des Landes Niedersachsen ist selbst nicht prozessfähig. Rechtsträger ist das Land Niedersachsen, das durch die Landesministerien und die nachgeordneten Stellen vertreten wird.

4. Völkerrecht genießt in Deutschland den Rang von einfachem Bundesrecht; es geht im Kollisionsfall dem Landesrecht vor.

Zu Ihren weiteren Fragen zu den Genfer Abkommen kann ich Ihnen leider keine Auskunft erteilen, weil es insoweit an einer Zuständigkeit des Landes Niedersachsen fehlt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Lenz

**Dienstgebäude**  
Am Waterlooplatz 1  
30169 Hannover  
**Telefon**  
(0511) 120-0

**Telefax**  
(0511) 120-5170 Allgemein  
(0511) 120-5181 Pressestelle

**e-mail**  
poststelle@mj.niedersachsen.de  
**Internet**  
www.mj.niedersachsen.de

**Bankverbindung**  
Nord/LB (250 500 00) Konto 106 023 567  
IBAN: DE62 2505 0000 0106 0235 67  
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Ein Ausländer (Binnenflüchtling) nimmt eine Kollisionsnorm (§ 55 ZPO) an, bei der die Jurisdiktion unzuständig ist (Erklärung des nds. Justizministeriums im Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017). In der Jurisdiktion wird

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozeßfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung
- Insolvenzen ohne Insolvenzfähigkeit (§ 12 InsO) mangels Rechtmasse und Besitz

fingiert und

- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar, denn im Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Menschenrechtverletzung ist ein Kriegsverbrechen - Art. 1 (3) Überleitungsvertrag) sind gerichtliche Entscheidungen keine Rechtsvorschriften, dürfen und müssen nicht beachtet werden, setzen im Recht keine Frist und Vollstreckung in Gang.

**55 Ausländer.** Ein Ausländer, dem nach dem Recht seines Landes die Prozeßfähigkeit mangelt, gilt als prozeßfähig, wenn ihm nach dem Recht des Prozeßgerichts die Prozeßfähigkeit zusteht.

1) **Geltungsbereich.** Ein Ausländer (wegen der früheren DDR Einl III 77) ist im allgemeinen prozeßfähig, soweit er in seinem Heimatstaat geschäftsfähig ist, Art 71 EG BGB, § 52, abw Pagenstecher ZZP 64, 278 (er nimmt eine Kollisionsnorm an) wonach sich die Prozeßfähigkeit nach dem Heimatrecht richtet. Daher komme es in erster Linie auf das Heimatrecht an, ohne daß man § 52 heranziehen müsse). Darüber hinaus gibt § 55 dem Ausländer die Prozeßfähigkeit, soweit sie nach dem inländischen Recht bestünde. Ein in der BRGp entmündigter Ausländer ist trotzdem stets prozeßunfähig, Art 8 EG BGB.

Eine gesetzliche Vertretung ist bei § 55 ausgeschlossen. Der **Zweck der Vorschrift** besteht in einer Vereinfachung. Ein Fall des § 13 liegt nicht vor. Ein ausländischer gesetzlicher Vertreter kann nur als ein Beistand nach § 90 auftreten. Seine Vernehmung als Zeuge ist zulässig. Die gesetzliche Vertretung eines prozeßunfähigen Ausländers richtet sich nach seinem Heimatrecht, Art 7 EGBGB; Art 1-3 HaagVormsch-Abk v 12. 6. 02, RGBl 04, 240.

2) **Unter § 55 können zB fallen:** Die Ehefrau; ein Minderjähriger über 18 Jahre; der Gemeinschuldner. Die Vorschrift gilt auch für eine einzelne Prozeßhandlung, selbst wenn sie im Heimatland des Ausländers vorzunehmen ist.

3) **2) VwGO:** Gilt entsprechend, § 62 IV VwGO. Zur Teilprozeßfähigkeit von Ausländern, § 51 Rn 28, vgl BVerwG DÖV 82, 452.

Die Menschenrechtverletzung ist deswegen kein Straftatbestand in der Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, denn die Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, kann sich durch den völkerrechtlichen Vertrag und im öffentlichen Recht nicht durch Gesetz verpflichten das Menschenrecht einzuhalten und Gerechtigkeit bei Verletzung der Grundrechte und Grundfreiheiten herbeizuführen, da der politisch-wirtschaftliche Faschismus gesetzlich davon lebt und überlebt. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Pseudostaat.

**Der Grund ist Rechtbankrott im Rechtstillstand,  
denn die rechtswidrige Anwendung von Gesetz und Gewalt ist Terror.**

Aus dem faschistischen Unrecht-Extremismus der streitigen Demokratie entsteht

**Rechts- und Links-Extremismus.**



### **Viel Schlimmer als Links- und Rechtsextremismus ist der UN-Recht-Extremismus.**

Gemäß den Prozeßregeln sind die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, alias das Deutsche Reich, nicht prozeßfähig, da es die vertraglichen Pflichten nicht erfüllen kann, weil das Deutsche Reich, alias Bundesrepublik Deutschland, als Feindstaat,

selbst anerkannt und durch Unterschrift in Art. 53, 107 UN-Charta akzeptiert,

ein faschistischer Nationalstaat durch Militarismus ist.

Militarismus ist die Umsetzung von nichtigen Gesetzen gegen Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen durch Terrorismus der bewaffneten Miliz mit rechtswidriger Anwendung von Gewalt auf Zivilisten. Staatensouveränität ist, wenn ein Staat seine prelateralen Verträge einhalten kann. Das Deutsche Reich, alias die Bundesrepublik Deutschland, ist nicht prozeßfähig (keine Souveränität).

### **§ 55 ZPO - Prozeßfähigkeit von Ausländern (Binnenflüchtlinge)**

Ein Ausländer ist in der Regel immer prozeßfähig, soweit er in seinem Heimatstaat geschäftsfähig ist (Art.71 EGBGB). Der Ausländer nimmt eine Kollisionsnorm an, wonach sich die Prozeßfähigkeit nach dem Heimatrecht richte. Daher kommt es in erster Linie auf das Heimatrecht an, ohne die Prozeßfähigkeit in § 52 ZPO der Bundesrepublik Deutschland heranzuziehen. Darüber hinaus gibt § 55 ZPO dem Ausländer die Prozeßfähigkeit, soweit diese nach dem inländischen Gesetz bestünde. Ein in der Bundesrepublik Deutschland entmündigter Ausländer ist trotzdem stets prozeßfähig (Art. 8 EGBGB). Eine gesetzliche Vertretung ist bei § 55 ZPO ausgeschlossen.

### **Die Bundesrepublik Deutschland ist NS-Deutschland vom 31.12.1937 (Art. 116 GG).**

Der Nationalsozialismus ist eine **sektenartige Weltanschauung** im Personalkult (§ 112 BPersVG), in dem Konzentrationszentren [KZ] als faschistische Konzerne nach dem § 70 AktG von 1937 gemäß Art. 140 GG in Verbindung mit den Bestimmungen der Art. 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11.08.1919 als immer noch Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und in Folge Deutsches Reich organisiert wurde, in dem Politik und Wirtschaft im Stand vom 31.12.1937 für die angehörigen Arbeitssklaven den Faschismus mit der nationalsozialistischen Verwaltung durch Militarismus der Ordnungspolizei durch Waffengewalt gewaltsam wie eine sehr gut organisierte Räuberbande verwirklichten, so wie es der Papst am 22.09.2011 im Reichstag öffentlich und werbewirksam realistisch erklärte.

### **" morituri te salutant" - Die staatsangehörigen Sklaven unterliegen Satans Reich.**

Das Deutsche Reich, alias die Bundesrepublik Deutschland, ist nicht prozeßfähig, da sie sich durch Vertrag im Grundrecht des Grundgesetzes nicht verpflichten kann, da die Menschenrechtverletzung kein Straftatbestand ist. Das Deutsche Reich, alias die Bundesrepublik Deutschland, lebt von Menschenrechtverletzungen und ist somit unmündig, sowie, wegen Rechtunfähigkeit gegen das Bekenntnis des Volkes, gewalttätig (Verbrechen der Unmenschlichkeit mit dem Ziel des Völkermordes - §§ 6-7 VStGB). Ein Volk kann nicht aufhören zu existieren, sondern nur vergessen werden.

Das Deutsche Reich, alias die Bundesrepublik Deutschland, wendet mit sittenwidrigen, rechtswidrigen und nichtigen Gesetzen die Schocktherapien an, um Not, Notstand und Selbsthilfe bei den Menschen zu erzeugen. Es will als Unrechtsstaat weiter leben und nicht vergessen werden.

Es bleibt beim Nationalsozialismus durch Militarismus (Art. 139 GG) als Feindstaat in Art. 53, 107 UN-Charta. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch Ratifizierung der UN-Charta bei den Vereinten Nationen den Status Feindstaat akzeptiert und öffentlich anerkennt.

Die Ordnungspolizei war immer und überall an Kriegsverbrechen sowie dem Holocaust, Porajmos und Krankenmorden maßgeblich beteiligt. Die T4 - Prototyp Reichsbürger werden gegenwärtig von den Bediensteten in den Behörden und Regierungen nach Schulung durch den Fassadenschmutz "Demos" durch Anwendung von Unrecht fingiert und gemacht, denn Rechts- und Linksextremismus entsteht durch Unrechttextremismus.

Die Menschen werden durch Unrecht psychisch schwer aussetzend behandelt, um schwere posttraumatische Belastungsveränderungen physisch zu erzielen, um diese terrorisierten Menschen bundesweit wegen "psychischer Krankheit" in ein geheimes "Behördenführungszeugnis" und in ein Register "unbeschränkte Auskünfte" aufzunehmen. Millionen Juden und andere Millionen von Menschen wurden unter direkter und indirekter Mitwirkung der Ordnungspolizei nach dem Modell T4 ermordet. Heute wird nicht vergast, sondern Gaslighting angewandt.

Als Gaslighting (Kompositum aus englisch gas und lighting, deutsch: ‚Gasbeleuchtung‘, in diesem Zusammenhang aber auch im deutschen Sprachgebrauch als Gaslighting bezeichnet) wird in der Psychologie eine Form von psychischer Gewalt beziehungsweise Mißbrauch bezeichnet, mit der Opfer gezielt desorientiert, manipuliert und zutiefst verunsichert werden und in Folge ihr Realitäts- und Selbstbewußtsein allmählich mit dem Ziel der Deformation zum Mord oder Selbstmord zerstört wird.

### **Der Holocaust wiederholt sich.**

Diese Methoden werden in totalitären Regimen und Sekten, wo Menschenrecht als Straftat oder Kriegsverbrechen nicht verfolgt wird, als potentes Mittel im Rahmen von Gehirnwäsche, „Zersetzung“, Manipulation und Indoktrination angewendet und sollen beim Opfer tiefgreifender und nachhaltiger, teilweise existentieller Verunsicherung und Verwirrung, zu Schwächung und Schädigung von Selbstbewußtsein, Persönlichkeit und Widerstandskraft, zur Herbeiführung von Angst- und Panikzuständen bis hin zu Wahnvorstellungen und psychotischen Zuständen führen. Gegen kritische, unliebsame oder behinderte Menschen und Systemopfer werden systematisch-psychische Kriegsmethoden von

### **Gaslighting, Taphelphobie und Prosopagnosie**

angewandt. T4 ist lebendig begraben durch Rechtisolierung - Tod durch Rechtaussetzung.

### **Terror ist die Anwendung von rechtswidriger Gewalt und Gesetz (Art. 6 EGBGB).**

T4 beschreibt die 4. Dimension als Lebenszeit (Time) des Menschen vom 1. festen Körper, 2. von der flüssigen Seele im Bewußtsein und 3. dem gasförmigen Geist im Glaube.

In dieser Zeit von T4 wird Leben, Körper und Gesundheit in der Matrix gegen die Rechtrealität als Kriegsverbrechen (Zeiträuber) ausgesetzt und vom System euthanasiert. Der Mensch wird in Folge hilflos in Not, Notstand, Notwehr in Selbsthilfe mit dem Schaden in einem Dauerterrorzustand "Rechtstillstand" vorsätzlich systematisch zur Verelendung im Stich gelassen, um

- Anfragen zur Aufklärung und Erkenntnis nicht zu beantworten,
- mit dem Ziel die Ansprüche und Verpflichtungen nicht zu erfüllen,
- gegen zwingendes Völkerrecht und gegen die öffentliche Ordnung zu verstoßen,
- um die Zuständigkeit und Verantwortung in den Behörden und Regierung anonym abzuwimmeln,
- um telefonische Anfragen und Nachfragen abzubrechen,
- und um in Feind- und Streithandlungen die systematischen Opfer strafrechtlich zu verfolgen.

Ziel dieses Verbrechens in diesem Versuch und Irrtum als bitteres Leid ist es, mit der psychologischen Kriegsführung die physische Schocktherapie von gewaltsamen und bewaffneten Konflikten zu verursachen, die Folgen des Experimentes zu beobachten und zu bewerten, bei dem in Folge der dichten, harten und langen Rechtsverletzungen die Behinderungen des existentiellen Lebensvollzuges im Rechtstillstand entstehen sollen. Das Experiment soll zeigen, wo die Belastungsgrenze ist, um den Menschen in den Selbstmord / Völkermord zu treiben.

Die T4-Gutachten werden inzwischen nicht nur von Psychiatern, -deren Aufgabe von den Landeskrankenhäusern gewesen ist-, sondern inzwischen von den Bediensteten in den Behörden und Regierungen zur Rechtaussetzung des Menschen in der Zwangspersonifikation selektiv fingiert und gemacht. Grundlage des T4-Todesurteils war in der Regel ein DIN-A4-Meldebogen, ohne den Menschen jemals gesehen zu haben. Gegenwärtig ist es der geheime EDV-Eintrag "Reichsbürger" beim Bundesamt / Reichsamt der Justiz.

Die T4-Gutachter, ärztliche Gutachter, die von der Organisation und Durchführung der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde, der Aktion T4 zuständigen Zentraldienststelle berufen worden waren und anhand von Meldebögen mit den Daten von Kranken und Behinderten, den potentiellen Opfern der Aktion entschieden, wer in den speziell dafür eingerichteten Tötungsanstalten vergast wurde, so entscheiden inzwischen im weltweiten WEB die Bediensteten in den Behörden und Regierungen als Pseudo-Beamte über die gegenwärtigen Todesurteile im Rechtstillstand durch

**Gaslighting, Taphelphobie und Prosopagnosie.  
Vergasung = Gaslighting - der moderne und lautlose NS-Holocaust**

**Schocktherapie**

"Willst du nicht mein Freund sein, hau ich dir in die Fresse rein". NS T4 - Reichsbürger

Die Systemopfer und Systemkritiker werden in der Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, wie Täter behandelt und mit der lebendigen Todesstrafe der kalten Verbrennung (Verbraucher = Verbrenner: Justiz und Verbraucherschutz) ohne rechtliches Gehör und ohne Gerechtigkeit verbraten (brandenburger Tor unter den Linden), damit sich an der NS-Idiotologie zum Faschismus durch nationalsozialistischen Militarismus nichts ändert.

Die Moderne Schocktherapie in T4 ist die EDV-Technologie, um den Geist des Menschen durch Personen einzustellen, um quasi einen neuen Start für die Menschen zu ermöglichen, mit Hilfe der Schocktherapie eine neue Persönlichkeit gegen die Verfassungordnung der Genesis, die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit des Rechtes des Menschen zu entwickeln (auswärtiger Dienst 5-B2: Ref. 505 - 512 legale Migration und Rückkehrfragen).

Aus diesem Grund ist für Binnenflüchtlinge der NS-T4 Reichsbürger der auswärtige Dienst Abteilung 500 zuständig, die aber nicht erreichbar ist.

#### Dienststelle Berlin

Werderscher Markt 1  
10117 Berlin  
Postanschrift:  
11013 Berlin  
Tel.: (030) 5000-0  
Tel. IVBB: (030 18) 17-0  
Fax: (030 18) 17-3402



#### Dienststelle Bonn

Adenauerallee 99-103  
53113 Bonn  
Postanschrift:  
Postfach 1148, 53001 Bonn  
Tel.: (0228) 17-0  
Tel. IVBB: (0228 99) 17-0



Auswärtiges Amt

#### 5 Rechtsabteilung

Völkerrechtsberater

##### 5-B-1

Beauftragter für Fragen des allgemeinen  
und besonderen Völkerrechts  
Referate 500-504  
Abteilungsmanagement

##### 5-B-2

Beauftragter für Rechts- und  
Konsularwesen, legale Migration und  
Rückkehrfragen  
Referate 505-512

<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/215270/004ca2ab6cbacdd6378eee0eb8077417/organisationsplan-data.pdf>

### Error 500

Der Error 500 wird im Browser angezeigt, wenn der Server aus einem Grund, den er nicht identifizieren kann, nicht auf die angeforderte URL zugreifen kann. In diesem Fall hat der Benutzer in der Regel keine andere Wahl, als die Website zu verlassen.

Serverfehler 501 werden meistens durch beschädigte oder fehlende Dateien einer dynamischen Programm-Bibliothek (DLL) verursacht. Das gängigste Problem entsteht innerhalb der Windows Registry, in der die Anwendungen die Standorte der benötigten DLLs abrufen. Und da dies wichtige Dateien sind, weiß man nicht, was passieren könnte, sofern eine dieser Dateien fehlt.

Der HTTP-Fehlercode „502 Bad Gateway“ zeigt an, dass der Server keine Antwort von der angeforderten URL bekommt, weil das Gateway nicht funktioniert. Dadurch ist kein Datenaustausch möglich und die gewünschte Webseite ist für den Nutzer nicht erreichbar.

Der Fehler 503 in WordPress bedeutet, dass Deine Website derzeit nicht erreichbar ist, da der betreffende Server nicht verfügbar ist.

Der Statuscode 504 (Gateway Timeout) zeigt an, dass der Server, obwohl er als Gateway oder Proxy fungiert, keine rechtzeitige Antwort von einem vorgeschalteten Server erhalten hat, auf den er zugreifen musste, um die Anfrage abzuschließen.

Das Referat in Error 501 ist gemäß § 41 RvV in Verbindung mit § 72 GGO für die völkerrechtlichen Fragen der öffentlichen Ordnung für **Ansprüche** gemäß Art. 1 (3), 2 ÜLV in den Kriegs(folge)lasten, Art. 3, 30-32, 56 UN-RES 56/83

### **Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen**

gegen die Schuldnerin Bundesrepublik Deutschland [BRD], -alias Deutsches Reich [DR]-, als Gesamtschuldner, vertreten durch den auswärtigen Dienst im Referat 501, § 41 RvV,

**vertreten durch Heiko MAAS,**  
**vertreten durch Reinhard HABENFLUG und Dirk HAUPT**  
 c/o auswärtiger Dienst - Abteilung 501  
 Werderscher Markt 1

**[DE-10117] BERLIN      Telefon: 030 18 -17-0 Fax: 030 18 272-2555 oder Fax: 501: 030 18-17-52711**

- für die Vertretung durch die streitigen Bundesverfassungsorgane (streitige Demokratie)

- der Bundestag, verantwortlich Wolfgang SCHÄUBLE
- der Bundesrat, verantwortlich Reiner HASELOFF
- der Bundespräsident, verantwortlich Frank-Walter STEINMEIER
- die Bundesregierung, verantwortlich Angela MERKEL
- das Bundesverfassungsgericht, verantwortlich Stephan HARBARTH
- und direkte und indirekte, aktive und passive  
     Bedienstete in allen BRD-Derivatororganisationen

wegen dem Schaden aus der Prozeßunfähigkeit, zuständig und verantwortlich, denn Verträge müssen eingehalten werden.

### **Pacta sunt servanda (lat.; dt. Verträge sind einzuhalten)**

ist das Prinzip der Vertragstreue im öffentlichen und privaten Recht. Es handelt sich um den wichtigsten Grundsatz des öffentlichen ebenso wie des privaten Vertragsrechts.

Ziel im künstlichen Schockzustand der Gewalttat ist es, die Menschen für eine gewalttätig-machtvolle Idee einer anderen künstlichen Idiotologie gefügig zu machen, um die Menschen in einem künstlich versetzten Gewaltschockzustand als Sklave gefügig zu machen:

### **Methode, um freiheitsberaubte Menschen in ihrem Recht zu zermürben.**

Im Zustand des totalen Schocks soll durch Gewalt eine Art Paralyse erreicht werden. Mit Gewalt wird der Mensch in diesem ausgesetzten Zustand in die Person gegen sich selbst, als Mensch im Ur-Zustand, der Angst justiert, um den geistig lebendigen Menschen, im Ziel das Recht der Liebe zu brechen, um nach der Personenidiotologie im Positivismus den Menschen im UN-Recht einfacher beeinflussen zu können, bevor der Mensch in den Gewaltschockzustand geriet.

Das Menschsein und das Menschwerden ist nach diesem Versuch und Irrtum für die Opfer nicht mehr möglich, da die Regel der Genesis, die Heilige Dreifaltigkeit in ihrer nicht reduzierbaren Komplexität verletzt wird und der Mensch eine gewaltsame Persönlichkeitsänderung erfährt. T4 soll als Zeittunnel benutzt werden: Rechtstillstand!

Im Sprachgebrauch wird diese geistige Giftmischung auch in der Summe "Vergewaltigung" genannt. Die direkten Gewaltopfer und ihre Familien, Freund- und Bekanntschaften erleiden auf Generationen schwerste Schäden. Die kranken Giftmischer nach Versuch und Irrtum werden im System des kollektiven Wahnsinns nicht zur Verantwortung gezogen, die Opfer nicht entschädigt oder rehabilitiert. Es kommt zu keiner Amnestie, und aus Versuch und Irrtum kann kein Ergebnis im Gewissen und zur Erkenntnis abgeleitet werden. Das alles geschieht im Verborgenen, denn Menschenrechtöper im System des Holocaust sind unerwünscht.

Die Technik der positivistischen Gewalt funktioniert nicht nur bei einzelnen Individuen, sondern diese Methode wird auf die gesamte Gesellschaft in der Kollektivschuld als Mensch täglich angewendet. Ein kollektives Trauma, ein Krieg, ein Putsch, eine Katastrophe oder ein Terrorangriff versetzt die Menschen in einen Schockzustand. Der Mensch unterscheidet sich von anderen Lebewesen im Tierreich dadurch, daß der Mensch ein geistig lebendiges Wesen ist, um seine Zukunft zu bestimmen. Nur der Mensch ist zugänglich für Mitleid.

Diese grausamen Gewalttaten gegen Menschen, in der die Menschen ihr eigenes Recht gegen sich anwenden sollen, um ihren Glaube an sich und an die Menschheit zu verlieren, ist Sinn und Zweck dieser Therapie T4, die im Namen der Recht- und Geisteswissenschaften pseudoidiotologisch an den staatlichen Universitäten und Hochschulen zum Versuchszweck durch Justiz und Verwaltung gegen die Genesis praktiziert werden.

In Geiselhaft entsteht das Stockholm-Syndrom, in dem der Mensch wie ein Gefangener in der Verhörzelle bewußtseinsmäßig in den Zustand eines Kindes in Angst und Verzweiflung versetzt wird, damit sich der Mensch aus der Gewalt und der Gewalttat befreien soll. Die Freiheit aus der Geiselhaft verlangt aber den gewaltsamen Argumenten des Täters in die dunkle Seite zu folgen, damit die Vergewaltigung akzeptiert wird, um in der irrigen Meinung den Vergewaltiger frei zu sprechen. Das Experiment Versuch und Irrtum endet dann mit der erzwungenen Anerkennung des Argumentes vom Vergewaltiger (auswärtiger Dienst: Ref. 505-512).

Der Irrglaube "Faschismus", -eine radikale Gemeinschaftsidee-, in der Profit und Markt jeden gesellschaftlichen Aspekt der Verwaltung im Aufklärungs- und Sozialsystem durch Militarismus bestimmt-, ist gegenwärtig. Die Menschheit wird nicht durch Liebe, sondern durch Angst in der Liberalisierung bestimmt.

Die Konsequenz ist unbeliebte Liberalisierung durch Aufhebung von allen Exporthilfen und die Freigabe von Preisen sowie die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, die zur globalen Welle der Arbeitslosigkeit, Verteuerung der Waren, Aussetzung von Menschen nach Entmündigung und Enteignung führen. Für die Umsetzung solcher Ideen sind Angstzustände notwendig, um in der Verwirrung der Schockanwendung das politische Ziel des Faschismus durch gesetzte Gewalt durchzusetzen.

Die zu verändernden Subjekte, -Menschen ohne Wissen als Versuchstiere gegen die Wellentheorie-, sollen nach der Idee von Versuch und Irrtum abrupt aus dem Leben, dem Schlaf, gerissen und durch Verbindung der Augen, dunkel oder im Gefängnis isoliert, gehalten werden. Wenn sie in diesem gewaltsamen Zustand verhaftet werden durchleben die Menschen in der Regel einen individuellen Zustand extremer Unsicherheit und Schock durch den psychologischen Streß. Dabei wird verhindert, daß sich das Subjekt entspannen kann, um den Schockzustand weiterhin aufrecht zu erhalten, um den Menschen im Schockzustand lange anzuhalten, denn jeder erkrankt psychisch, wenn die Schläge dicht, hart und lang genug sind.

Politisch werden die schmerzhaften Programme gegen Menschen eingesetzt, um Forderungen in einer Krise mit Gewalt umzusetzen, bevor die Menschen zu sich kommen. Diese Methode wird ökonomische Schockdoktrin genannt. Eine Doktrin (von lateinisch doctrina ‚Lehre‘) ist ein System von Ansichten und Aussagen; oft mit dem Anspruch, allgemeine Gültigkeit zu besitzen. Die wichtigsten künstlichen Ereignisse in der Gegenwart funktionieren nach dieser fatalen Logik, nach der geheimen Geschichte des herrschenden Marktes, das nicht aus Freiheit oder aus der direkten Demokratie, sondern aus dem Schockzustand geboren wird.

Isolierung des Menschen muß sowohl psychisch als auch psychologisch von Beginn an aufrechterhalten werden, um im Schockzustand eine Persönlichkeitsänderung des Menschen herbeizuführen, so die Idee der kranken Ideologie, um die Desorientierung des Menschen aufrecht zu erhalten. Absolutes Schweigen unter den Gefangenen und keine Kommunikation sind die Mittel der Idee zur Desorientierung wie lebendig begraben.

**Gegen die Schocktherapie hilft nur Aufklärung,  
denn Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der unmündigen Personifikation.**

Schock ist ein temporärer Zustand. Um die Orientierung zu behalten und Schock zu widerstehen ist es am Besten zu verstehen, was die Schocktherapie ist und zu welchem Zweck sie dient. Information zur Aufklärung beugt vor diesem wahnsinnigen Irrsinn vor.

**Die eigene Aufklärung ist das Gegenmittel, die Waffe gegen den Schockzustand.  
Sei Du die Veränderung selbst, die Du in der Welt zukünftig möchtest.**

Die Vereinten Nationen wurden aus der Idee des Friedens geschaffen, doch ohne Freiheit, ohne Zugang zu Liebe, zu Recht, ist ein Frieden nur ein Waffenstillstand.

Die Methode Schockzustand ist, den Menschen unter allen Umständen zur Versuchsperson gewaltsam zu degradieren, damit die Menschen gegen die Grundbestimmungen der Genesis abgehalten werden, in Freiheit Mensch zu sein. Der gewaltsame Zugang zur Persönlichkeit bedeutet, die erwachsenen Menschen dauerhaft in Schock der Existenznot auszusetzen, um sie in einen wehrlosen Zustand zu bringen, in dem sie wie abhängige Kinder sind und diese Abhängigkeit von der Lüge weiter zu vererben (Affenexperiment), damit sie die Wohlfühlzone der Gewaltaufsicht in die Freiheit nicht verlassen (Platon).

Diese Experimente und ihre Durchführungen der Sterbehilfe -ars moriendi- für die Systemreinigung wurden begleitet vom Robert-Koch-Institut.

Dabei liegt die Lösung des Problems im Widerspruch (Tautologie), weil das System einen natürlichen Rechtmangel im NS-System hat, denn ohne Konsequenz keine Erkenntnis (Nürnberger Prozesse waren zu kurz), denn es werden NS-Kriegsverbrechen an der Menschheit weiterhin vorsätzlich verübt. Jeder kann es gegenwärtig erkennen und sehen.

Menschenrechtverletzung ist ein Kriegsverbrechen, und Kriegsverbrechen werden in der Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, nicht verfolgt, damit sich das NS-System gegen die Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland nicht ändert und sich nicht friedlich und in Sicherheit fortentwickeln kann (Art. 139 GG).

### **Zusammenfassung:**

Projekt T4 - Prototyp Reichsbürger  
ist terroristischer Verfassungshochverrat zum Völkermord.

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

#### **Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.**

Aus diesem Grund müssen berechtigte Forderungen aus NS-Verbrechen im System verfolgt und bekämpft werden, die im zwingenden Völkerrecht und öffentlichen Recht ein Kriegsverbrechen sind. Dieser Grundsatz wird vorsätzlich verletzt, denn der Faschismus läßt als NS-Sekte einer Idiotologie kein Recht zu und verletzt Menschenrecht, denn Geld regiert die Welt.

Auf die Frage nach der Lösung des Problems verstehen die Menschen inzwischen nicht mehr, daß die Gesetze eines Staates weder im öffentlichen Recht noch im zwingenden Völkerrecht angewandt werden dürfen, wenn Grundrechte und Grundfreiheiten eingeschränkt werden, das Menschenrecht verletzt und die Menschenwürde angetastet wird (Art. 1 GG, Art. 6 EGBGB, Art. 3 UN-RES 56/83). Die Menschen sind inzwischen in der Personifikation so schwer durch gesetzte Gewalt (Gesetze) in kollektiver Angst konditioniert, und das trifft auf 99 % der Personen zu, das sie die Rechtmäßigkeit der Gesetze von der streitigen Demokratie nicht hinterfragen.

- Eine Rechtsnorm (Gesetz) eines Staates ist nicht anzuwenden, wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des Menschenrechtes offensichtlich unvereinbar ist.
- Das Gesetz eines Staates ist insbesondere nicht anzuwenden, wenn die Anwendung mit den Grundrechten und Grundfreiheiten unvereinbar ist.

Die Gesetze dürfen nicht gegen Menschen angewandt werden. Es gibt keine Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-. Es gibt nur zivilinternierte Personenflüchtlinge, die die Wahrheit nicht kennen und die Wahrheit verleumden, um nicht selbst Systemopfer zu werden.

An diesen Kriegsverbrechen sind inzwischen alle Bediensteten in den Behörden und Regierungen durch Eintragung der Menschen als in das Zentralregister gemäß §§ 8-9 BKA-Gesetz im Kriegszustand aktiv und passiv, unmittelbar und mittelbar beteiligt, da die interne Vertreibung gemäß Kriegszustand (Art. 122, 123 Genfer Abkommen III in Bundesrat-Druck DR 329/10 durch Regierungskriminalität erfolgt. Art. 24 HLKO (haager Landkriegsordnung) wird vom BKA (Bundesverwaltung) in Drucksache 329/10 als aktive Feindstaatenklausel gegen den Zivilschutz in Kriegslisten gegen Zivilisten benutzt. Kriegslisten sind auf Zivilisten nicht erlaubt, doch es ist NS-Kriegszustand. Die Menschen verstehen nicht und wollen nicht verstehen, daß Kriegszustand ist. Sie verdrängen die Wahrheit, weil andernfalls ihre Welt zusammenbricht, weil sie in Wahrheit durch ihre Zwangssteuereinzahlungen das NS-System am Leben halten.



Jeder kann es sehen und erkennen, daß Menschenrechtverletzungen an der Tagesordnung sind. Menschenrechtverletzungen können sich die Opfer nicht selbst beibringen, sondern Menschenrechtverletzungen sind Kriegsverbrechen. Mit Terroristen wird nicht verhandelt, weil die rechtswidrige Anwendung von Gesetz und Gewalt Terror ist. Die Quelle jeder Straftat in der Bundesrepublik Deutschland, - alias Deutsches Reich-, ist die Verletzung der Treuhand- und Eidesverletzung in Art. 73 UN-Charta. In der UN-Charta gilt die Bundesrepublik Deutschland, - alias Deutsches Reich-, als Feindstaat.

Die Veränderung in der Welt muß vom Deutschen Volk (Präambel, Art. 1 GG) kommen, das sich zum Menschenrecht bekennt, denn "... am deutschen Wesen mag die Welt genesen ...". Nur das Deutsche Volk (Großschreibung) ist in Art. 19 GG im Wesen Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt, wenn es das Menschenrecht einhält. Die Menschenrechtverletzung ist kein Straftatbestand.

Sie Staatsangehörigen "deutsch" sind in der Person zwangsinternierte Kriegsgefangene in Arbeitslagern "Länder" im Bund (Art. 133 GG), deren Geschäftsführerin ohne Rechtauftrag in Art. 65 GG der Bundeskanzler, -alias Reichskanzler-, ist. Es muß eine Totalrevision durchgeführt werden, weil das System dem Faschismus dient. Verbrechen und Verbrecher müssen beim Namen genannt, unbedingt verfolgt und schwer bestraft werden, denn ohne Konsequenz keine Erkenntnis.

Die Menschenrechtverletzung in Folge des Prelateralschadens als Rand-, Begleit- oder Kollateralschaden durch Regierungskriminalität ist ein vorsätzlich, -im außervertraglichen Schuldverhältnis-, begangener Straftatbestand als Kriegsverbrechen im Völkerstrafrecht, in der obligatorische Jurisdiktion ohne Prozeßfähigkeit in der Jurisfiktion gilt, weil das Ergebnis nicht Gerechtigkeit, sondern Faschismus ist. Prelateralschaden ist ein Kollateralschaden durch Regierungskriminalität, der durch Kriegszustand in Kriegszeiten entsteht und gegen Zivilisten absolut verboten ist, wenn das öffentliche Recht als Privatsache (Kriegszustand) behandelt wird.

Eine Menschenrechtverletzung ist als ein vorsätzlicher Angriff in Kenntnis eines damit einhergehenden Begleitschadens gemäß Art. 8 Abs. 2 Buchst. b Nr. IV Rom-Statuts ein Kriegsverbrechen. Kriegsverbrechen gegen Menschen werden nicht verurteilt, sondern augenblicklich ad-hoc vollstreckt.

Gemäß Völkerrecht kann sich keiner im Fall eines Strafverfahrens auf Unwissenheit berufen, denn keiner kann weder sich selbst noch eine andere Vertragspartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer anderen Vertragspartei auf Grund der Rechtsverletzungen zufallen (Art. 1-3, 70, 142-149, 157 genfer Abkommen IV-SR 0.518.51).

Menschenrechtverletzung ist ein völkerrechtliches Kriegsverbrechen als Terrorakt. Immer mehr Menschen verlieren ihren Aberglauben (streitige Demokratie) an den Staat und kehren zurück in ihr Glaube an die Genesis, da das inflationäre Geldsystem mit Recht gemessen wird. Aus diesem Grund dürfen in Art. 132 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 die Menschen sich im Zivilschutz befreien lassen, in dem das Heimatrecht zwingend anzuwenden ist. Die Menschen als geschützte Zivilisten dürfen insbesondere ihre immateriellen und materiellen Vermögen im Investitionsschutz sichern.

Regierungskriminalität in Diktaturen ist typischerweise durch das jeweilige zur Tatzeit gültige (und von der Diktatur selbst gesetzte) nationale Strafrecht gekennzeichnet, welches keine Strafbarkeit der Handlungen der Regierung vorsieht (nullum crimen sine lege praevia, nulla poena sine lege -kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz-). In diesen Staaten, wie die Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich-, ist die Menschenrechtverletzung kein Straftatbestand, denn dafür ist der Zivilschutz zuständig.

Beweis: Deutscher Bundestag BT-Druck 16/12702 - Pet 4-16-07-4500-045045

- 199 -

Anl. 6 z. Prot. 16/80

Pet 4-16-07-4500-045045

21682 Stade

EINGANG 20. MAI 2009

Strafen nach dem Strafgesetzbuch

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Der Petent fordert die Aufnahme von Menschenrechtsverletzungen als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch.

Der Petitionsausschuss hat die Eingabe zur Kenntnis genommen und geprüft. Er sieht auf Grund der vorliegenden Eingabe jedoch keinen Anlass, das von dem Petenten vorgetragene Anliegen zu unterstützen.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen.



Mit den derzeitigen Mitteln ist das systematische Problem nicht zu lösen, weil Trust und Trading falsch verstanden und umgesetzt wird. Aus dem faschistischen Trading entstehen die systematischen Investitionsschutzverletzungen des Menschen in das Staatssystem. Eine Stabilität ohne Glaube ist im Recht systematisch nicht möglich, denn materieller Wohlstand und Armut wird im Wettbewerb Gier der Sünde (Geistesgift) als natürliche Gerechtigkeit irrig verstanden.

**Geschäftsmodell (commercial code - Soft Law) - Trading <> Glaube (Recht) - Trust - Hard Law  
Anerkennung - privat <> Akzeptanz - öffentlich**

Es ist sehr schwer den Menschen die Grundlagen des Naturrechtes zu vermitteln, wenn die Menschen zu Personen konditioniert worden sind. Ein Umdenken ist bei der Aufklärung und Schulung notwendig und erforderlich, damit die Menschen in ihre Zukunft gerecht investieren und nicht vom Wind der Banken geleitet werden.

Menschenrecht als nicht reduzierbare Komplexität im kategorischen Imperativ führt bei Verletzung in den Grundrechten und Grundfreiheiten jeder Kategorie, Sorte und Art des Menschen zum Dauerverbrechen, wenn die Menschenrechtverletzung nicht beendet wird. Eine Menschenrechtverletzung endet nicht mit der Feststellung, sondern mit der vollen Wiedergutmachung nach den Regeln des immateriellen und materiellen Schadens, Folgeschadens und Folgebeseitigungsschadens im außervertraglichen Schuldverhältnis.

Durch die künstliche Behinderung im System Prototyp Reichsbürger werden die geschädigten Menschen im Lebensvollzug bis hin zum Selbstmord oder Mord psychisch und physisch unter Vorsatz getrieben. Inzwischen wird der T4-Vermerk "Reichsbürger" durch einen EDV-Eintrag in die Datenbank "Behördenführungszeugnis" und in ein Register "unbeschränkte Auskünfte" aufgenommen.

Die Bediensteten in den Behörden und Regierungen wenden unter allen Umständen und gegen jede Vernunft psychologische und physiologische Kriegsverbrechen für den Erhalt des Faschismus an, der ohne den Nationalsozialismus mit Militarismus nicht existieren kann. Der Sozialstaat existiert nur für die Bediensteten in den Behörden und Regierungen, der unter Drohung, Nötigung und Erpressung erzwungenen Steuergeldern (§ 89c StGB, Terrorfinanzierung) finanziert wird, denn kein Verwaltungsbediensteter, kein Polizist, kein Richter oder Staatsanwalt würde ohne Geld arbeiten. Ohne die erzwungenen Steuergelder gäbe es keine Menschenrechtverletzung, weil sie durch die Steuergelder finanziert und aufrecht erhalten werden.

Bei Menschenrechtverletzungen wird jede Beschwerde formell im Aberglauben an die heile Welt abgewiesen. Eine wirksame Beschwerde, Rechtsstaatlichkeit oder Gerechtigkeit ist nicht möglich. Falls es jemand wagt ein Gerichtsverfahren zur Aufklärung zu führen oder einen Schadenersatz verlangt, so wird dieser als Prozeß unfähig dargestellt, Prozeß unfähig durch psychiatrische Gutachten gemacht, mit fingierten Straftaten überzogen oder schlichtweg mit den Methoden

### **Gaslighting, Taphelphobie und Prosopagnosie**

durch systematische Aussetzung in den Mord oder Selbstmord getrieben. Auf die Frage,

### **wo und wie fangen wir Menschen an uns an zu entnazifizieren,**

ist Aufklärung der Ausgang aus der Unmündigkeit.

Es muß eine öffentliche nationalsozialistische Erfassungsstelle für Regierungskriminalität erschaffen werden, um im Lichte der Öffentlichkeit die Entnazifizierung und die Entmilitarisierung durchzuführen. Die Opfer müssen die Möglichkeit haben gesehen zu werden. Im Handbuch "Reichsbürger" wurde der Ausweg benannt, doch die vernebelten Menschen in der Personifikation haben das nicht verstanden. Der Ausweg ist der Zivilschutz aus der Zivilinternierung.

### **Reichsbürger" ISBN: 978-3-00-048341-7 - Seite 28**

„..... Nach hiesiger Auffassung handelt es sich jedoch um Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben, weil sie ihre Werte politisch nicht mehr vertreten fühlen. Daher kann dieser Teil des „Reichsbürger“-Spektrums mit dem Begriff der „Staatsverdrossenheit“ charakterisiert werden. In Brandenburg versuchen bundesweit operierende Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu – u.a. Mustafa Selim Sürmeli mit seinem „Internationalen Zentrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg – Einfluß zu gewinnen....“.

### **\* Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben „Staatsverdrossenheit“!**

Der Zivilschutz als Schutzmacht im zwingenden Völkerrecht des genfer Abkommens ist zuständig für die Veränderung zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Das ist im zwingenden Völkerrecht und im öffentlichem Recht so bestimmt. Die Schutzmacht ist eine nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation. Die Bundesrepublik Deutschland, - alias Deutsches Reich-, setzt alle rechtswidrige Gewalt auf

**Mustafa Selim SÜRMELEI (nicht politisch, nicht gewerkschaftlich und nicht religiös) als**

- Menschenrechtler,
- Menschenrechtskommissare,
- Menschenrechtbeistände und/oder
- Menschenrechtverteidiger

ein, um die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus des Deutschen Volkes zu verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland, -alias Deutsches Reich- verleumdet ihre eigenen diplomatischen Urkunden und Apostillen, weil sie nicht Prozeß (Souverän) fähig ist.

Im Bezug auf den völkerrechtlichen Rechtstitel ECHR 75529/01 bedeutet diese Tatsache für die Bundesrepublik Deutschland und im Geltungsbereich der 47 Mitgliedstaaten des Europarat, im festgestellten Zusammenhang des § 245 ZPO und § 15 GVG, daß im Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Mustafa-Selim SÜRMELEI demnach nicht verpflichtet ist, vom Rechtsbehelf der Jurisfiktion eines Staates Gebrauch zu machen, um Recht durchzusetzen. Gemäß Art. 19 (3) Grundrecht besitzt der Mediator Mustafa-Selim SÜRMELEI einfach unmittelbares Legislativrecht, denn es gilt Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetz (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG)!

**öffentliche Bekanntmachung:**

**[https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Menschenrechtskonvention](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention)  
Auszug aus dem Wortlaut – ordre public ECHR 75529/01:**

[...] so erinnert der Gerichtshof daran, daß die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht nicht als wirksame Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann und ein Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, auch wenn die Sache noch anhängig ist (Sürmeli ./ Deutschland [GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./ Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65-66).“ – EGMR-Beschluß – 10/05/07: Rechtssache Skugor gegen Deutschland (Individualbeschwerde Nr. 76680/01)

Mustafa-Selim SÜRMELEI ist Hochkommissar für Menschenrecht des IZMR und ZEB. Mustafa-Selim SÜRMELEI ist gemäß wiener Abkommen diplomatisch akkreditiert, gemäß Regulierungsakt des haager Abkommen international apostilliert und gemäß genfer Abkommen für den Zivilschutz und für den völkerrechtlichen Gerichtshof im Wirkungsbereich des genfer Abkommen IV- SR 0.518.51 im Recht der Verträge – SR 0.111 als Vollstreckungsbeamter des Zivilschutzes im Heiligen Auftrag, gemäß Art. 73 UN-Charta, tätig.

genfer Abkommen	SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51
Recht der Verträge	SR 0.111 14.05/13.06.1986
UN-Charta	SR 0.120 26.07.1945
AEMR - erklärte Menschenrecht	in Verbindung mit A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III)
Staatenverantwortlichkeit	in Verbindung mit UN-RES 56/83
Zivilschutz	in Verbindung mit UN-RES 66/164
wiener Abkommen - Diplomatie	SR 0.191.2 08.12.1969 - Sonderbotschafter
wiener Übereinkommen -Botschaft	SR 0.191.01 18.04.1961
wiener Übereinkommen -Konsul	SR 0.191.02 24.04.1963
haager Abkommen -Apostille	SR 0.172.030.4 05.10.1961

Mustafa-Selim SÜRMELEI, -als Hochkommissar für Menschenrecht-, ist für binnenvertriebene Menschen, -Internally Displaced People / IDP-, Menschenrechtverletzungsoffer und Flüchtlinge im Zivilschutz für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression durch bewaffnete Konflikte, behördliche Streit- und Feindhandlungen gegen den Zivilschutz, Regierungskriminalität, Gewalt gegen Personen, Menschenrechtsverletzungen und von Staaten oder Regimen verursachte Naturkatastrophen, salvatorisch für die Prävention zuständig.

**Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918**  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961

**diplomatische und internationale Urkunden mit absoluter Beweiskraft:**

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014  
 Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014  
 Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013



### **Zertifizierung und Ratifikation der Schutzmacht für den Zivilschutz**

**wiener Abkommen - Diplomatie:**

**Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020**

**haager Abkommen - Apostille:**

**Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020 vom 09.07.2020**

**als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:**

**SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51**

**Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51**

**BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493**

Gerhard SCHUHMACHER

Söldner “Vorwärts in die Vergangenheit - Durchblick durch einige reichsideologische Nebelwände”

**\* Die Wiederholung - alias Deutsches Reich-, ist gegenwärtig im Verständnis beabsichtigt, damit die Leser das Wort Bundesrepublik Deutschland im richtigen Zusammenhang lernen und anwenden.**

**Quellenhinweise - zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:**

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandberwaltung vom Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

in Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf

Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-RES A-RES 66/164  
Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -  
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht
- sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

### Hinweis ICD-10 zu F62 in der Personifikation:

Rechtswidrige Anwendung von Gesetz und Gewalt gegen Menschen durch Personifikation ist Terror.

**Inkl.:** andauernde Änderung der Persönlichkeit durch (Terror durch rechtswidrige Gewalt)

- **andauerndem Ausgesetztsein lebensbedrohlicher Situationen, etwa als Opfer von Terrorismus**
- **andauernder Gefangenschaft mit unmittelbarer Todesgefahr**
- **Folter**
- Katastrophen
- **Konzentrationslagererfahrungen**

Prototypisch - T4 NS-Aussetzung mit dem Ziel von Mord oder Selbstmord als Völkermord

- **Aussetzung,**
- **Bevormundung,**
- **Diskriminierung,**
- **Ruinierung,**
- **Demoralisierung**
- **Demütigung**
- **Kriminalisierung und**
- **Psychiatisierung**

Folge außervertraglichem Schuldverhältnis, - idiotologischen Personifikation-, nach ICD 10 zu F61.0 durch Änderung der Persönlichkeit, wenn die fiktionalen **Schläge in der Rechtralität als Gewalttatsache dicht, hart und lang** genug sind.

Objektformel - den Menschen mit Gewalt zum Objekt machen.

- Heilige Ganzheitlichkeit (Körper, Seele und Geist) im Recht zu Recht,
- unverletzliche und unveräußerliche Rechte,
- unantastbare Menschenwürde,
- vorrangige Inhaber- und Urheberrechte sowie die
- nicht reduzierbare Komplexität

### **Fazit: Personifikation macht schwer und unheilbar krank ohne Amnestie!**

Feind- und Streithandlung durch gewaltsam gesetzte Änderung der Persönlichkeit (von Person zum Menschen) nach Extrembelastung, -als Opfer der Personifikation-, gemäß ICD-10 zu F62.0, um den Menschen erwerbsunfähig zu machen durch:

- andauerndes Ausgesetztsein in lebensbedrohlichen Situationen
- andauernde Gefangenschaft mit unmittelbaren Gefährdungshandlungen
- Folter in Notstand, Notwehr und Selbsthilfe  
unter einer gewalttätigen Leistungs- oder Eingriffsverwaltung,
- Konzentrationslagererfahrungen nach dem genfer Abkommen III. und IV sowie durch
- Zwangspersonifikation des geistig-lebendigen Menschen.